

Ressort: Politik

F.A.Z.: Union und SPD wollen Rentenbeitragssatz halten

Berlin, 03.11.2013, 18:23 Uhr

GDN - Union und SPD bereiten einen Zugriff auf die Rentenkasse vor. Um neue Rentenleistungen finanzieren zu können, wollen die designierten Koalitionspartner verhindern, dass der Rentenbeitragssatz zum Jahreswechsel automatisch von 18,9 auf 18,3 Prozent sinkt, berichtet die Frankfurter Allgemeine Zeitung (F.A.Z.) in ihrer Montagsausgabe.

Weil die Zeit drängt, erwägen Union und SPD, schon während der laufenden Koalitionsverhandlungen ein Gesetzgebungsverfahren einzuleiten, um ihr Ziel zu erreichen. Nur dann wäre eine Gesetzesänderung bis Jahresende zu schaffen. Intern geprüft wird derzeit, ob dabei auch die Oppositionsfraktionen von Grünen und Linkspartei in das Gesetzgebungsverfahren eingebunden werden sollen, um parlamentarische Fristverkürzungen erreichen zu können. In den Koalitionsverhandlungen berät die Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales unter Leitung der amtierenden Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) und von SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles an diesem Montagnachmittag zum ersten Mal über Kompromisse in der Rentenpolitik. Die 17 Unterhändler – jeweils sieben von CDU und SPD sowie drei von der CSU – sind ungeachtet des scharfen Protests von Wirtschafts- und Arbeitgeberverbänden weitgehend einig in der Absicht, die Beiträge auf hohem Niveau zu lassen und somit finanzielle Spielräume in der Rentenversicherung zu erhalten. Nach dem geltenden Recht muss der Rentenbeitragssatz sinken, wenn die finanzielle Lage der Rentenversicherung so gut ist, dass ihr Finanzpolster das eineinhalbfache einer Monatsausgabe übersteigt. Dies ist in diesem Jahr der Fall. Union und SPD könnten diesen Mechanismus jedoch dadurch ändern, dass sie die Obergrenze der Finanzreserve im Gesetz auf das Zwei- oder das Dreifache einer Monatsausgabe heraufsetzten. Dann verbliebe mehr Geld in der Rentenkasse. Diese Option wird jetzt in der Koalitions-Arbeitsgruppe geprüft. Gleichzeitig soll auch die Untergrenze angehoben werden: Derzeit darf die Reserve auf 20 Prozent einer Monatsausgabe schmelzen, bevor der Beitragssatz steigen muss. Dies erscheint den Unterhändlern als zu geringe Vorsorge für wirtschaftlich schlechte Zeiten.

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-24523/faz-union-und-spd-wollen-rentenbeitragssatz-halten.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619